

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und
Gesundheit
am Donnerstag, dem 04.02.2021, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:35 Uhr**

			Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger	198/2020	5
2.	Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung	197/2020	6
3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		7
4.	Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand	049/2021	8
5.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2021	237/2021	9

Anlagen

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie im Kreis Warendorf |
| Anlage 2 | Antrag Die Fraktion zur Unterstützung der Prostituiertenberatungsstelle Tamar |
| Anlage 3 | Antrag Die Fraktion zur Bezuschussung des psychosozialen Traumazentrums für Flüchtlinge |

Anlage 4 Antrag Die Fraktion auf Gewährung eines Personal- und Sachkostenzuschusses für die niederschwellige Kontaktarbeit des Arbeitskreises der Jugend- und Drogenberatung

Anlage 5 Produkt 070150 Impfzentrum

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül
Blömker, Franz-Ludwig
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Geiger, Andrea
Hamann, Maria
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Lehnert, Susanne, Dr.
Möllmann, Rolf
Riveiro Vega, Sandra
Rust, Sylvia
Schade, Janina
Schubert, David
Strecker, Rita
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
stellv. Ausschussmitglieder
Rosenbaum, Ulf
von der Verwaltung
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Funke, Stefan, Dr.
Klausmeier, Brigitte
Middendorf, Anne
Nerkamp, Nikola
Schabhüser, Helmut
Schröder, Helen
Westkamp, Alexander

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Hövelmann, Volker

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 22.01.2021 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Er stellt Frau Dr. Anna Arizzi Rusche als neue Leiterin des Gesundheitsamtes vor.

Frau Riveiro Vega weist darauf hin, dass die seitens ihrer Fraktion gestellten Anträge

- zur Unterstützung der Prostituiertenstelle Tamar mit jährlich 30.000 €,
- zur Bezuschussung des psychosozialen Traumazentrums für Flüchtlinge der Innosozial gGmbH jährlich mit 15.000 € und
- auf Gewährung eines Personal- und Sachkostenzuschusses für die niedrigschwellige Kontaktarbeit des Arbeitskreises der Jugend- und Drogenberatung in Höhe von 30.000 €

nicht versandt wurden.

Die Anträge werden zu TOP 5 als Tischvorlagen nachgereicht.

I. Öffentlicher Teil**1. Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger****198/2020**

Herr Strübbe führt die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger ein und verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Der Text der Verpflichtung wird von allen gemeinsam gesprochen:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde."

Die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger fügen je nach Wunsch den Zusatz "So wahr mir Gott helfe." an.

2. Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung**197/2020**

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Frau Brigitte Klausmeier wird als Schriftführerin für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit für die laufende Wahlperiode bestellt.

Sie wird vertreten durch die übrigen Dezernatsleitungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Es wurden keine Fragen gestellt.

4. Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand 049/2021

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet anhand einer Präsentation zur Corona-Pandemie (Anlage 1)

- über die aktuellen Corona-Fallzahlen im Kreis Warendorf
- über Covid-19 Erkrankte im Bereich Pflege und Eingliederungshilfe
- zur stationären Behandlung von Covid-19 Patienten in Krankenhäusern des Kreises
- zur Statistik zur Abstrichstelle an der Sportschule der Bundeswehr
- zur Anzahl der verabreichten Impfungen gegen SARS-COV-2 im Kreis Warendorf

Abschließend erläutert Frau Dr. Arizzi Rusche den Aufbau des Impfzentrums anhand des Grundrisses sowie den Fahrplan für die Impfungen. Sie weist darauf hin, dass seitens des Kreises die vom Land vorgegebene Impfreiheitenfolge eingehalten werde. Der Impfstart im Impfzentrum erfolge am 08.02.2021.

Auf Nachfrage von Frau Rust zu einer ausreichenden Immunität im Kreis Warendorf teilt sie mit, dass diese auch von der Menge des zur Verfügung stehenden Impfstoffes abhängt. Sie gehe von einer steigenden Impfbereitschaft in der Bevölkerung aus.

Herr Blömker bittet darum, dass die Verwaltung künftig in jeder Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit über den Sachstand zur Corona-Pandemie berichtet.

Er erkundigt sich zur Priorisierung der Menschen mit Behinderungen für eine Impfung sowie zu den hohen Fallzahlen in Ahlen.

Frau Klausmeier sagt die Berichterstattung zu.

Sie berichtet, dass zum 08.02.2021 die Impfverordnung angepasst wird, insofern auch Menschen mit Behinderungen, für die ein schwerer Krankheitsverlauf zu erwarten ist, im Rahmen einer Einzelfallprüfung einen Impftermin erhalten könnten. Es stehe noch nicht fest, welche Stelle diese Prüfung vornehme.

Frau Klausmeier teilt mit, dass die Anzahl der Erkrankten und neu Infizierten in Ahlen deutlich über dem dortigen Bevölkerungsanteil liege.

Herr Dr. Funke bestätigt, dass die Zahlen im Kreis Warendorf insgesamt zu hoch seien, diese lägen deutlich über den übrigen Münsterlandkreisen. Insbesondere in Ahlen seien die Zahlen auffällig. Die Infektionen kämen überwiegend aus dem privaten Bereich, daher bestehe die dringende Aufforderung an die Menschen Kontakte zu beschränken.

An der Aussprache über den Bericht von Frau Dr. Arizzi Rusche beteiligen sich Herr Strohbücker, Frau Hohmann de Palma, Herr Heringloh-Poll, Frau Aydemir und Herr Wamba.

5.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2021	237/2021
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Gesundheit liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages vom 11.12.2020 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für 2021 vor.

Darüber hinaus werden nachstehende Anträge zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2021 beraten:

1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur anteilmäßigen Finanzierung der Prostituiertenberatungsstelle Tamar in Höhe von 30.000 €
2. Antrag Die Fraktion zur Unterstützung der Beratungsstelle Tamar anteilig mit jährlich 30.000 €
3. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur anteilmäßigen Finanzierung des Psychosozialen Traumazentrums für Flüchtlinge in Höhe von 15.000 €
4. Antrag der FWG Kreistagsfraktion zur Gewährung eines Zuschusses für das Psychosoziale Traumazentrum in Höhe von 15.000 €
5. Antrag der SPD Kreistagsfraktion
6. Antrag Die Fraktion zur Gewährung eines jährlichen Zuschusses für das Psychosoziale Traumazentrum für Flüchtlinge in Höhe von 15.000 €
7. Antrag der SPD Kreistagsfraktion auf Gewährung eines Personalkostenzuschusses in Höhe von 20.957 € für die Durchführung der Schwangerschaftskonfliktberatung der AWO und die gleichzeitige Aufnahme in das bestehende Vertragswesen
8. Antrag der SPD Kreistagsfraktion auf Gewährung eines Zuschusses für die niedrigschwellige Kontaktarbeit des Arbeitskreises der Jugend- und Drogenberatung in Höhe von 30.000 €
9. Antrag Die Fraktion auf Gewährung eines Zuschusses für die niederschwellige Kontaktarbeit des Arbeitskreises der Jugend- und Drogenberatung in Höhe von 30.000 €
10. Mündlicher Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 04.02.2021 zur Unterstützung der niedrigschwelligen Drogenhilfe mit einem Zuschuss von 30.000 € und Ausweitung der Frühprävention im Bereich der Stadt Ahlen mit einem Zuschuss von 72.000 €
11. Antrag Die Fraktion zur Verdoppelung der Mittel für den Sonderfonds für Familienplanung auf 30.000 €

Daneben liegen Änderungen der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2021 – Ergebnisplan und Kennzahlen –sowie das neue Produkt 070150 Impfzentrum vor (Anlage 2).

Herr Strübbe stellt die relevanten Seiten des Haushaltsplanentwurfes 2021 (Kennzahlen, Aufwendungen, Erträge) für die Ämter

- Sozialamt und

- Gesundheitsamt

sowie die vorgenannten Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Zum Vorbericht teilt Frau Middendorf mit, dass die Tabellen

- zu den Aufwendungen des Kreises für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Seite V 24, 13.3),
- zur Summe der dargestellten Aufwendungen (Seite V 26, 13.6) sowie
- der Entwicklung der Empfängerzahlen der Grundsicherung (Seite V 70)

ausgetauscht werden.

Herr Blömker bittet darum, die beiden erstgenannten Tabellen zumindest um die Daten des Vorjahres zu erweitern.

Herr Dr. Funke sichert dies zu.

Zu den Seiten 269, Produkt 050310 Soziale Teilhabe, und 272, Produkt 050320 Schwerbehindertenangelegenheiten, erläutert Frau Middendorf die Änderungen im Ergebnisplan lt. Änderungsliste.

Zur Seite 278, Produkt 050420 Schuldnerberatung, teilt Frau Middendorf mit, dass die wirkungsorientierte Kennzahl im Plan 2021 auf 75 % geändert wird.

Sie erläutert zum Produkt 050440 Pflege auf Seite 287 die Aufwendungen lt. Änderungsliste. In der Quarantäneeinrichtung werden 9 Plätze vorgehalten, eine Verdoppelung auf 18 Plätze sei möglich.

Zum Produkt des Gesundheitsamtes weist Herr Blömker darauf hin, dass nicht dargestellt sei, wie stark die Aufwendungen in den Bereichen Personal- und Sachkosten von der Corona-Pandemie beeinflusst seien.

Herr Dr. Funke erläutert, dass der sogenannte Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) Fördermittel des Bundes für die Gesundheitsämter in Höhe von insgesamt 4 Mrd. Euro vorsieht. Diese Fördermittel federn u. a. erhöhte Personalaufwendungen entsprechend ab und werden zur Entlastung des Ergebnishaushalts beitragen.

Frau Schröder erläutert die Änderungen

- der Kennzahlen auf den Seiten 342, Produkt 070110 Gesundheitshilfe, und 347, Produkt 050130 Gesundheitsschutz, sowie
- des Ergebnisplans auf Seite 348, Produkt 070130 Gesundheitsschutz,

lt. Änderungslisten.

Zur Seite 351, Produkt 070140 Zuweis. Gesundheitseinricht., liegen verschiedene Anträge der Kreistagsfraktionen vor.

Die Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen (Antrag Ziff. 1) sowie Die Fraktion Die Linke Die Partei (Ziff. 2/ sh. Anlage 3) beantragen, die Finanzierung der Prostituiertenberatungsstelle Tamar anteilig mit jährlich 30.000 € gemäß dem Antrag der Ev. Frauenhilfe in Westfalen vom 09.06.2020 zu unterstützen.

Frau Strecker und Frau Riveiro Vega begründen die Anträge.

Frau Geiger weist auf die bereits bestehende Beratung durch die Kreisverwaltung hin, zudem sei die Finanzierung der Beratungsstelle nicht ausreichend transparent.

Herr Möllmann regt an, zur Vermeidung einer Doppelstruktur mit den übrigen Münsterlandkreisen Kontakt aufzunehmen.

Frau Klausmeier bietet an, mit den Münsterlandkreisen Gespräche zu führen.

Es besteht Einvernehmen, dass die Beratung und Entscheidung über die Anträge auf die Sitzung des Kreisausschusses am 19.02.2021 verschoben werden soll, um weitere Informationen zu erhalten.

Der Antrag der Innosozial gGmbH vom 23.07.2020 auf Gewährung eines Zuschusses für das Psychosoziale Traumazentrum für Flüchtlinge in Höhe von 15.000 € wird von den Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen (Ziff. 3), FWG (Ziff. 4), SPD (Ziff. 5) und Die Fraktion (Ziff. 6, sh. Anlage 3) unterstützt.

Frau Hohmann de Palma, Frau Eickmeier, Herr Blömker und Frau Riveiro Vega begründen die Anträge.

Auf Nachfrage von Frau Geiger teilt Frau Dr. Arizzi Rusche mit, dass die Zahl der Flüchtlingsneuzuweisungen und die Zahl der Anträge auf Leistungen zur psychosozialen Betreuung deutlich abnimmt.

Herr Strübbe lässt über die Anträge abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	8 Stimmen
Nein	10 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

Die SPD Kreistagsfraktion beantragt die Aufnahme des AWO Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems in das bestehende Vertragswesen der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Kreis Warendorf (Ziff. 7) gem. Antrag der AWO vom 22.09.2020 und die Gewährung eines Zuschusses von 20.957 €.

Herr Blömker erläutert den Antrag.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	8 Stimmen
Nein	11 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

Der Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung beantragt die Unterstützung der niedrigschwelligen Drogenhilfe im Kreis Warendorf mit einem Personal- und Materialkostenzuschuss in Höhe von ca. 30.000 € sowie die Ausweitung der Frühprävention im Bereich der Stadt Ahlen bei einem Finanzierungsbedarf von ungefähr 72.000 €.

Die SPD Kreistagsfraktion (Ziff. 8) sowie Die Fraktion (Ziff. 9, sh. Anlage 4) beantragen, die niedrigschwellige Kontaktarbeit mit einem Personal- und Sachkostenzuschuss in Höhe von 30.000 € zu bezuschussen.

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen stellt in der Sitzung den mündlichen Antrag (Ziff. 10), die niedrigschwellige Drogenhilfe mit einem Zuschuss von 30.000 € und die Ausweitung der Frühprävention mit einem Zuschuss von 72.000 € zu unterstützen.

Herr Blömker, Frau Rivereiro Vega und Frau Hohmann de Palma begründen die Anträge.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ausweitung der Frühprävention mit einem Zuschuss von 72.000 € abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	3 Stimmen
Nein	15 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

Herr Strübbe lässt über die Anträge von SPD Kreistagsfraktion, Die Fraktion und Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Unterstützung der niedrigschwelligen Drogenhilfe mit einem Zuschuss von 30.000 € abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	7 Stimmen
Nein	11 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

Die Fraktion beantragt, die Mittel für den Sonderfonds für Familienplanung von derzeit 15.000 € auf 30.000 € zu verdoppeln (Ziff. 11).

Frau Riveiro Vega begründet den Antrag damit, dass der Ansatz bereits Mitte des Jahres ausgeschöpft sei und damit weitere Anträge nicht mehr gestellt werden könnten.

Herr Möllmann weist darauf hin, dass insbesondere Empfängerinnen von SGB II-Leistungen betroffen seien. Er erkundigt sich, in welcher Höhe Bedarf ohne Deckelung sei.

Frau Riveiro Vega teilt mit, dies sei nicht bekannt.

Frau Klausmeier teilt mit, dass der Haushaltsansatz seit 2008 unverändert 15.000 € betrage. Es wäre zu prüfen, welche Kostensteigerungen in diesem Zeitraum stattgefunden haben.

Entsprechende Informationen können von den Beratungsstellen eingeholt werden.

Frau Geiger bittet darum, die Bezeichnung des Teil-Ansatzes in den Haushaltserläuterungen klarer zu formulieren.

Es besteht Einvernehmen, dass die Beratung und Entscheidung über die Anträge auf die Sitzung des Kreisausschusses am 19.02.2021 verschoben werden soll, um weitere Informationen zu erhalten.

Herr Westkamp erläutert das neue Produkt 070150 Impfzentrum.
Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2021 wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales und Gesundheit gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	12 Stimmen
Nein	0 Stimmen
Enthaltung	5 Stimmen

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.35 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Brigitte Klausmeier
Schriftführer